„Berliner Tageblatt"
und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt": Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sow. den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis
durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unt. Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeig." 40 Pf.). Inseraten- u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32 (a. Wittenberg-Platz); Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch); Sorauerstr. 20; Nykestr. 31; Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlottenburg, Kantstraße 34; Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13 b; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weißensee, König-Chaussee 61 b.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das Programm Stengels.

Freiherr v. Stengel erfreut sich einer wohlverdienten Muße; er hat ohne schmerzliche Regung sein Portefeuille in die Hände seines Nachfolgers Sydow gelegt. Aber er hat sich zu lange mit der Reichsfinanznot mit beschäftigt, als daß er nicht auch als Privatmann von Distinktion diesem Gegenstande seine Aufmerksamkeit widmen sollte. Wie ein würdiger Professor noch manchmal davon träumt, daß er im Abiturientenexamen sitzt und durchfällt, so liegt auch auf Freiherrn v. Stengel die Reichsfinanzreform wie ein Albdruck. Er hat die Freundlichkeit gehabt, unserem Mitarbeiter seine Finanzgedanken zu offenbaren, und wir haben ihnen in unserer gestrigen Montagsausgabe gern Verbreitung verschafft, obgleich es die „alten lieben Lieder" waren, die wir hörten. Haben doch die Ausführungen des Freiherrn v. Stengel um so mehr Interesse, als sie nicht etwa die Finanzkunst einer überwundenen Aera bedeuten, sondern zweifellos den Zweck verfolgen, dem jetzigen Reichsschatzsekretär Sydow, der sich unmittelbar vorher bei Freiherrn v. Stengel Rats erholt hatte, den Weg zu bereiten.

In einer Beziehung geben wir dem früheren Leiter der Reichsfinanzen durchaus recht. So schlecht, wie die Finanzreform von 1906 geworden ist, war sie von ihrem Urheber nicht intendiert worden. An der Fahrkartensteuer beispielsweise, wie sie jetzt den Schrecken des Volkswirts wie der praktischen Finanzpolitiker im Reiche bildet, ist Freiherr v. Stengel unschuldig. Er wollte einfach eine Stempelabgabe auf Fahrkarten. Das war gleichfalls ein Fehler, aber es war doch nicht so widersinnig und für die Eisenbahnfinanzen so verhängnisvoll wie die heutige Steuer, die dank der Pfuscharbeit des Zentrums und der Nationalliberalen durchgesetzt wurde. Nur könnte man auch an diesem Punkte die Frage aufwerfen, weshalb die verbündeten Regierungen sich eigentlich auf diesen schlüpfrigen Weg locken ließen. Sie taten es, weil sie auf jeden Fall möglichst viel Geld machen wollten, mochte der Weg, der dabei eingeschlagen wurde, auch noch so bedenklich sein. Vergleicht man damit die Hartnäckigkeit, mit der sich die verbündeten Regierungen gegen direkte Reichssteuern sträuben, so kann man sich der Erwägung nicht verschließen, daß es leichter ist, die Reichsregierung vom Pfade einer vernünftigen Finanzpolitik abzulocken, als sie von der Notwendigkeit einer rationellen Steuerreform zu überzeugen. Als ein konsequenter Reformator erscheint Freiherr v. Stengel eben doch nicht, auch wenn man ihm die Fahrkartensteuer nicht auf sein Konto setzen will.

Auch seine übrigen Ausführungen lassen erkennen, daß er an seinen alten Steueridealen festhält. Nur insofern hat er zugelernt, als er sich jetzt auch mit der Reichselektrizitätsabgabe befreundet hat. Dieser Gedanke ist ihm selbst nicht gekommen, oder er hat doch keinen Versuch gemacht, ihn zu verwirklichen. Wir können aber dem Freiherrn v. Stengel darin nicht Recht geben, daß er sagt, man möge doch erst die geplante Licht- und Kraftsteuer abwarten, ehe man sie beurteilt. Das wäre nur dann möglich, wenn auch die Freunde dieser Steuer sich jeder Befürwortung des Projektes enthielten, solange es noch nicht veröffentlicht worden ist. Aber wir lesen täglich hier und dort, daß eine solche Steuer ungefährlich sei und für die Entwickelung der Elektrizitätstechnik nichts bedeute. Will man diese Behauptungen nicht unwidersprochen in die Welt gehen lassen, dann muß man eben auch die Gegengründe vorbringen. Und es will uns scheinen, als sei es doch nicht so gleichgültig für diese Technik, die immerhin erst in den Anfängen steckt, wenn sie sich mit einer Steuerkugel am Fuß fortbewegen soll, während Kohle und Dampf ungehemmt bleiben. Hier vermissen wir zum mindesten die ausgleichende Gerechtigkeit. Aber wir behaupten darüber hinaus, daß man überhaupt keine Steuer auf den technischen Fortschritt legen soll, weil man damit die Produktion von wirtschaftlichen Werten erschwert, ja unter Umständen unterbindet.

Allerdings: die wirtschaftliche und technische Entwickelung läßt sich nicht so leicht aufhalten. Die Bevölkerungsvermehrung von jährlich 800 bis 900 Tausend Seelen im Deutschen Reich macht manches Steuerexperiment, das bei konstanter Bevölkerung gefährlich werden könnte, erträglich. Die Masse muß es dann eben bringen. Nur hat auch diese Rechnung ein Loch. Denn sobald einmal der Bevölkerungsüberschuß zu einer immer stärkeren Belastung des einzelnen führt, wird auch die Auswanderungsziffer wieder steigen. Man darf jedenfalls auf die Bevölkerungszunahme hin nicht zu viel sündigen wollen. Sonst wächst mit der Bevölkerung auch die allgemeine Unzufriedenheit.

Dieses Bedenken macht sich noch stärker geltend, wenn man auf die sonstige Belastung des Konsums als auf ein unerschöpfliches Reservoir für neue Reichseinnahmen hinweist. Gewiß, aus Tabak, Bier und Branntwein läßt sich noch manche Million herausholen. Das Experiment wird um so besser gelingen, wenn die bestehenden Steuern nicht bloß mechanisch hinaufgeschraubt, sondern in ihrer ganzen Struktur verbessert werden. Das gilt besonders vom Branntwein, der schon heute sehr hoch belastet ist, aber der Reichskasse nur einen verhältnismäßig geringen Betrag abwirft, weil ein sehr erheblicher Betrag in den Taschen der Brenner kleben bleibt. Dieses Verhältnis zwischen der Belastung des Konsums und der effektiven Einnahme des Reiches ließe sich günstiger gestalten. Nur muß dann auch das Reichsschatzamt den Mut haben, den Profit der Agrarier etwas zu schmälern. Wir warten ab, ob Herr Sydow sich an diese gefährliche Aufgabe wagen wird.

Und doch wird man sich nicht darüber täuschen können, daß auch einem solchen Bestreben ein frühes Ende gesetzt ist. Beim Bier scheint uns die Grenze schon erreicht zu sein. Wenn die Brausteuer erhöht wird, dann kann sie nicht mehr von den Brauereien getragen werden, sondern sie muß auf die Konsumenten abgewälzt werden. Dieser Erkenntnis haben sich auch die maßgebenden Kreise nicht verschlossen. Ja gerade von offiziöser Seite ist ganz offen ausgesprochen worden, daß die Biersteuer so hoch gegriffen werden müsse, daß sie nur durch eine Verteuerung des Bieres ausgeglichen werden kann. In diesem Falle könnten die Brauereien sich allerdings ins Fäustchen lachen. Aber sie wissen natürlich ganz genau, daß eine Verteuerung des Bieres auch eine Verminderung des Konsums zur Folge haben muß. Sie sind also in jedem Falle die Geschädigten. Darüber hinaus ist doch aber der Konsument sozusagen auch ein Mensch, und wenn man auch zugeben wird, daß heute vielfach zu viel getrunken wird, so werden von der höheren Biersteuer doch nicht bloß solche Mitbürger betroffen, die schon einige Glas täglich weniger trinken können, sondern auch die große Masse der übrigen, die schon bisher sehr nüchtern gelebt haben und das Bier nur in sehr bescheidenem Maße konsumierten. Schließlich macht es doch auch einen recht fatalen Eindruck, wenn sich der Steuersucher ein sittliches Mäntelchen umhängt. Man wird dem Volke nur sehr schwer einreden können, daß es ethisch geläutert wird, wenn es das Bier teurer als bisher bezahlen muß.

Wenn wir demgemäß auch die steuerpolitischen Anschauungen des inaktiven Herrn v. Stengel genau so bekämpfen müssen, wie wir seine reformatorischen Pläne bekämpft haben, solange er noch im Amte war, so erkennen wir doch gern an, daß Freiherr v. Stengel wenigstens in Sachen der direkten Besteuerung durch das Reich mit sich reden läßt. Er will allerdings von direkten Reichssteuern nichts wissen. Aber wir versteifen uns nicht auf eine Form, solange nur in der Sache eine Uebereinstimmung möglich ist. Und in dieser Beziehung scheint uns Freiherr v. Stengel sich gar nicht zu weit von unseren eigenen Ansichten zu entfernen. Er rückt nämlich wieder die Reform der Matrikularumlagen in den Vordergrund der Erörterung. Bei der „Veredelung" der Matrikularbeiträge handelt es sich darum, daß die Einzelstaaten ihren Beitrag an das Reich nicht nach der Kopfzahl, sondern nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen. Ein Staat wie Preußen oder Bayern oder auch wie die Hansestädte hätte also einen erheblich größeren Betrag an die Reichskasse abzuführen als die Kleinstaaten, die ohnehin schon unter der Reichsfinanzkalamität schwer zu leiden haben. Diese Veredelung der Matrikularbeiträge ist ein Umweg. Auf dem Wege der direkten Reichssteuern ließe sich das gleiche Ziel bequemer und sicherer erreichen. Aber wenn die Bundesstaaten nicht anders wollen, dann braucht man ihnen nicht zu widersprechen, sofern nur auf diese Weise ein erheblicher Betrag an die Reichskasse abgeliefert wird. Es wird dann eben die direkte Steuerschraube in den Einzelstaaten etwas schärfer angezogen werden müssen. Nur dürfen die Einzelstaaten nicht meinen, daß es schon genug sei, wenn sie ihre platonische Bereitwilligkeit zu erkennen geben, für das Reich etwas mehr als bisher zu tun. Sie müssen schon wirkliche Opfer bringen, wenn die Reichsfinanzreform unter Dach und Fach kommen soll.

Wir können uns dahin resümieren, daß die Notwendigkeit, die Reichsfinanzen zu sanieren, auch innerhalb des entschiedenen Liberalismus durchaus anerkannt wird. Um die Form, in welcher die starken Schultern zu den Reichslasten herangezogen werden, braucht man nicht zu streiten, solange nur überhaupt sicher gestellt ist, daß ein beträchtlicher Teil der erforderlichen Mehreinnahmen auf direktem Wege beschafft wird. Man braucht sich auch nicht unbedingt gegen indirekte Steuern ablehnend zu verhalten, soweit es sich um eine Belastung handelt, die im Einklang steht mit der Bevölkerungszunahme des Deutschen Reiches und solange die Mehrerträge durch eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten aufgebracht werden. Aber für eine Reform, die ausschließlich den Konsum belastet und noch dazu auf die wirtschaftliche Entwickelung hemmend einwirkt, wird der entschiedene Liberalismus nicht zu haben sein. Auf einen solchen Irrweg wird sich der Liberalismus auch nicht durch die freundlichen Worte des Freiherrn v. Stengel locken lassen.

---

* Die als erste unter den aufzuhebenden Generalkommissionen in Aussicht genommene **Generalkommission Bromberg** ist, wie wir hören, bereits mit ihren Generalkommissionsgeschäften fertig. Obgleich für zwei Provinzen zuständig (Posen und Westpreußen), erscheint die Bromberger Kommission immerhin als die entbehrlichste. Denn ihre Ansiedelungsgeschäfte, auch die innere Kolonisation, werden ohne weiteres durch die Ansiedelungskommission, die Meliorationsgeschäfte usw. durch die ordentlichen Behörden wahrgenommen werden können. Daß zur Aufhebung der (9) Generalkommissionen ein Gesetz erforderlich ist, haben wir schon gesagt; der Landtag hat die Materie wiederholt, auch im letzten Jahre wieder, angeregt.

Das Zentrum und die Schulaufsicht.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Oldenburg, 7. September.

Das Zentrum setzt nach wie vor alle Hebel gegen das neue oldenburgische Schulgesetz in Bewegung. Eine gestern in Cloppenburg abgehaltene, von etwa 1500 Katholiken des Münsterlandes besuchte Zentrumsversammlung nahm nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Grafen Galen über das zu erwartende neue Schulgesetz eine Resolution an, in der gegen eine Aufhebung oder Beschränkung der geistlichen Schulaufsicht protestiert wurde und gefordert wird, daß an dieser von den Eltern beanspruchten Bürgschaft einer christlichen konfessionellen Erziehung nicht gerüttelt werde. Der Geistliche soll nicht nur die Fachaufsicht im Religionsunterrichte, sondern auch in den übrigen Unterrichtsfächern beibehalten, zum mindesten aber berechtigt sein, jederzeit die Schule zu besuchen und sich zu vergewissern, daß die Kinder im christlich-konfessionellen Geiste unterrichtet werden. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß im neuen Schulgesetz diese Forderung Berücksichtigung findet. — Man kann nach dieser Stellungnahme des Zentrums auf erbitterte Kämpfe im neuen Landtag bei der Beratung der neuen Schulgesetzvorlage gefaßt sein.

Muley Hafid.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

β London, 7. September.

Dr. Lawrence Wilkinson, der englische Arzt Muley Hafids, schildert als Augenzeuge den Eindruck, den die Nachricht von der Niederlage seines Bruders Abdul Asis bei El Kelaa und von seinem vermeintlichen Tode auf den neuen Beherrscher Marokkos machte. In Hafids Freude über die endgültige Niederlage der Streitkräfte Abdul Asis' mischte sich auch nicht die geringste Betrübnis über den Tod seines Bruders. Besonders befriedigt erschien Muley Hafid über die Schnelligkeit — vier Tage statt acht —, mit der die Siegesbotschaft durch Stafetten nach Fes gelangt war. Ueber die Persönlichkeit Hafids äußert sich Wilkinson folgendermaßen: „Je mehr ich um ihn bin, desto mehr komme ich zu der Ueberzeugung, daß der neue Sultan in die Fußtapfen seines großen Vorgängers Muley Idris zu treten wünscht. Sein einziges Bemühen ist die innere Anarchie mit starker Hand niederzuschlagen und dann mit dem geeinten Marokko Europa und vor allem Frankreich Auge in Auge gegenüberzutreten." Der Sultan hat Wilkinson beauftragt, in Fes und in der Stadt Marokko Hospitale mit je 150 Betten einzurichten und dafür den geeignetsten Platz, wäre es auch ein Teil seines eigenen Palastes, zu wählen.

Die französische Regierung ersuchte, wie uns ein Telegramm aus Paris berichtet, mehrere ihrer Botschafter und Gesandten, ihren Urlaub zu unterbrechen und im Hinblick auf die in allen Hauptstädten bevorstehenden wichtigen Verhandlungen über die Modalitäten der **Anerkennung Muley Hafids** sich auf ihre Posten zu begeben. Der Abschluß des in der französischen Note vorgesehenen Uebereinkommens über eine entsprechende Versorgung des bisherigen Sultans Abdul Asis dürfte, wie man in Paris annimmt, in nicht allzu langer Frist zustande kommen. Die in Tanger eingetroffenen Vertrauensmänner von Abdul Asis sollen mit El Menebbi die Verhandlungen über jenen Punkt beginnen.

Russisches Echo.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Petersburg, 7. September.

Die „Nowoje Wremja" schreibt zur Marokko-Frage: Die Vorgänge in Marokko betreffen ihrem Wesen nach eigentlich nur zwei Mächte des Kontinents: Frankreich und Spanien. Alle übrigen Staaten sind an den inneren Angelegenheiten Marokkos nur sehr wenig interessiert. Obgleich die internationale Aufrichtigkeit eigentlich dazu verpflichtet, den überwiegenden Einfluß Frankreichs in Marokko anzuerkennen, hat es Deutschland doch für nötig erachtet, eine Ausnahmestellung in Nordwestafrika einzunehmen. Deutschland trat als Parteigänger Muley Hafids auf, obgleich die internationale Höflichkeit Deutschland dazu verpflichtete, sich nicht in Angelegenheiten zu mischen, welche seine nationalen Interessen nicht direkt berühren. Die Aggressivpolitik Deutschlands in Marokko muß von einem Mißerfolge begleitet sein, hauptsächlich weil Deutschland dasjenige höher zu stellen versucht, was es sich künstlich ausgeklügelt hat, als dringende Lebensforderungen. Rußland ist an den marokkanischen Ereignissen nicht direkt interessiert, denn sie gehen Rußland nur insoweit an, als sie den allgemeinen Frieden betreffen. Die marokkanischen Angelegenheiten müssen nach dem allgemeinen Einvernehmen Europas entschieden werden, wobei der erste Platz den Stimmen Frankreichs und Spaniens gehören muß. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten im europäischen Konzert müssen wir unsere Stimme Frankreich geben, welches in Marokko auf Grund der Vollmacht Europas handelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß England auf dem gleichen Standpunkt steht. Auf diese Weise wird jeder Versuch einer europäischen Macht, Dissonanz in das allgemeine Einverständnis zu bringen, zu vollem Mißerfolg verurteilt.

Tanger, 7. September. (D. K. G.) Der deutsche Konsul **Dr. Vassel** ist Freitag nacht ohne Zwischenfall in **Fes eingetroffen**. Er fand den ganzen Weg dorthin sicher.